



Unsere GesprächspartnerInnen von links nach rechts: Mag. David Brenner (Landtagsabgeordneter der SPÖ Salzburg, Leiter des Dr.-Karl-Renner-Institutes Salzburg, Internationaler Sprecher der SPÖ), Mag. Claudia Schmidt (Gemeinderätin der ÖVP, Stadtteil- und Betreuungsmandatarin der Stadtteile Maxglan und Riedenburg, Mitglied des Sozialausschusses) und Cyriak Schwaighofer (Landtagsabgeordneter und Fraktionsobmann der Salzburger Grünen, Regionalentwicklung, Wirtschaft, Soziales, Bildung und Kultur)

„Ein höchst effizientes Unternehmen“

Die Entstehung eines Leitbildes für das Friedensbüro nahmen wir zum Anlass, mit VertreterInnen aus der Politik über die Zielsetzungen unserer Arbeit zu diskutieren

Das Gespräch führten Hans Peter Graß und Christa Wieland

Der Kranich: Ein Aspekt unseres Leitbildes beschäftigt sich mit der Frage der Stellung des Friedensbüros. Das Friedensbüro ist eine öffentliche Einrichtung, die der öffentlichen Subventionierung bedarf. Wie geht es Ihnen damit, dass Sie als VertreterInnen politischer Parteien zwar einerseits als Geldgeber fungieren, andererseits aber inhaltlich keine Einflussnahme ausüben sollen oder dürfen?

Schmidt: Das Friedensbüro leistet sinnvolle Arbeit und diese ist grundsätzlich zu unterstützen. Ob man jetzt jedes einzelne Projekt auch persönlich goutiert oder für sinnvoll hält, ist eine andere Frage. Es ist auch nicht unsere primäre Aufgabe, die zur Subventionierung eingebrachten Projekte und Arbeiten zu werten. Es ist politisch lediglich

unsere Verpflichtung zu schauen, ob das Geld zweckgebunden und ordnungsgemäß verwendet wird, ob sinnvolle Projekte für die Stadt Salzburg realisiert werden und ob es Formen der Vernetzung mit anderen Einrichtungen gibt.

Brenner: Ganz klar stehe ich zur öffentlichen Finanzierung. Da werden Leistungen erbracht, die im allgemeinen öffentlichen Interesse liegen. Auf die Frage, ob es ein politisches Problem ist, dass man inhaltlich nicht mitentscheiden kann, würde ich meinen, genau das Gegenteil ist der Fall. Denn wäre das unser Ziel, müssten wir ein eigenes Landesinstitut für Friedensarbeit gründen, das wir dann inhaltlich definieren. Die Positionierung und Zielsetzung des Friedensbüros sind allgemein bekannt und es ist meines Erachtens nicht Aufgabe der

Politik, zu bestimmen, ob jedes einzelne Projekt auch politisch genehm ist. Friedenspolitik ist ein wichtiges Feld. Friede fängt vor dem Konflikt an, es fängt beim Umgang miteinander an und das deutlich zu machen ist ein immanentes gesellschaftliches Anliegen und das gilt es politisch zu unterstützen.

Schwaighofer: Nachdem es beim Friedensbüro sehr stark um Konfliktprävention geht und Konflikte in der Regel, ganz ökonomisch betrachtet, hohe Kosten verursachen, so ist jede Form der Konfliktprävention in jedem Fall im öffentlichen Interesse. Von da her gibt es für mich schon einen rein pragmatischen Zugang, der für eine öffentliche Finanzierung spricht. Das heißt für mich auch, es muss öffentliche Förderungen ohne politische Einmischung